



Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

## **Vollversammlung am 22. September 2021**

### **TOP 3 - Bericht des Präsidenten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen kurz vor dem Höhepunkt dieses Superwahljahres! Mit Blick auf den laufenden Wahlkampf kann man jedoch ins Grübeln kommen.

Die Themen, die uns bei der IHK-Arbeit in den vergangenen Monaten beschäftigt haben, ermöglichen es uns, einige besonders bedeutsame Fragen zu beantworten.

**Frage Nummer 1:** Wie steht's denn um „die Wirtschaft“?

#### **Konjunkturlage: Spürbare Erholung!**

Unsere Konjunkturoxperten geben mit Blick auf unseren IHK-Bezirk zunächst so etwas wie Entwarnung. Warum ich das hier so verzwirbelt formuliere, wird gleich noch klar ...

Nachdem die Corona-Beschränkungen weitgehend aufgehoben wurden, beobachteten unsere Volkswirte eine deutliche Entspannung bei der konjunkturellen Lage. Zitat: „Erholung auf breiter Front“. Auch die bis dato noch beeinträchtigten Branchen wie Dienstleistungen, Einzelhandel und Güterverkehr konnten zur normalen Geschäftstätigkeit zurückkehren. Auch der Ausblick fällt insgesamt optimistisch aus.

Nur wenige Branchen waren mehrheitlich noch von Corona negativ betroffen, zu nennen sind hier insbesondere das Gastgewerbe, die Anbieter veranstaltungsbezogener Dienstleistungen und der Personenverkehr. In anderen Bereichen zeigte und zeigt sich dagegen eine Krisenfolge anderer Art: Die schnell gestiegene Nachfrage kann zum Teil nicht bedient werden und es kommt zu Engpässen.

Jetzt folgt das „aber“: Diese Engpässe sorgen wiederum für einen deutlichen Preisauftrieb etwa bei Rohstoffen und Vorprodukten. Dies beeinträchtigt nicht nur die Kalkulation, sondern auch die Wertschöpfung zunehmend negativ und bremst die Erholung, mancherorts sogar spürbar. So wird als häufigstes Wachstumsrisiko in unserer aktuellen Umfrage dann auch die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise genannt.

Um die Eingangsfrage zu beantworten: Ein Restrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung besteht weiterhin!

Damit kommen wir zur **Frage Nummer 2:** Sieht die Politik diese Gefahr? Suchen wir eine Antwort in Magdeburg.

## **Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung: Ambitionierte Agenda!**

Was sich die neue Landesregierung aus CDU, SPD und FDP vorgenommen hat, kann man dem Koalitionsvertrag entnehmen. Wenn ich mir diesen so anschau, entdecke ich viele ambitionierte Ziele. Ich sehe auch viele Vorhaben, die das Land und die Wirtschaft weiterbringen können. In einigen wesentlichen Punkten decken sich die Ankündigungen auch mit den Forderungen, die Sie, meine Damen und Herren, im Positionspapier der Vollversammlung zur Landtagswahl in diesem Frühjahr zusammengetragen haben.

So will man sich verstärkt dem Bürokratieabbau widmen. Dies soll durch einen unabhängigen Normenkontrollrat überwacht werden. Die neue Landesregierung soll Planungs- und Genehmigungskapazitäten in der Verwaltung erhöhen. Dies könnte durchaus dazu beitragen, den Investitionsstau zu lösen. In der Nach-Corona-Zeit wird dies wichtiger denn je sein. Man will die Digitalisierung vorantreiben, sowohl was den Ausbau der Infrastruktur angeht als auch was die Digitalisierung in der Verwaltung betrifft. Geplante Infrastrukturprojekte sollen schneller fertig werden.

Und es gibt noch viele weitere Punkte, die aufzuzählen hier zu viel Raum einnehmen würde. Ich für meinen Teil stelle fest: Mit der neuen Landesregierung sind wir nicht nur in den Zielen, sondern auch in vielen Maßnahmen einig. Die Botschaften und die Prioritätensetzung des Koalitionsvertrages machen jedenfalls Mut, dass ein Neustart nach der Krise mit dieser Landesregierung gelingen kann.

Die Bestandsaufnahme lautet also: Die Politik hier im Land hat uns verstanden! Schauen wir, was zukünftig politische Wirklichkeit wird.

Dies führt uns zu **Frage Nummer 3**: Versteht uns auch die Gesellschaft?

## **Klimaschutz: Es geht nur miteinander!**

Übermorgen, am Freitag, wird in vielen Städten Deutschlands wieder zum Klimastreik aufgerufen. Betroffen sind hier im Süden Sachsen-Anhalts vor allem Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Bitterfeld-Wolfen und Merseburg. Viele junge Menschen werden der Aufforderung des Bündnisses „Fridays for Future“ folgen und wieder für mehr Klimaschutz auf die Straße gehen. Ihrer Ansicht nach reichen die von der Politik eingeschlagenen Maßnahmen nicht aus, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die jungen Menschen treibt die Sorge vor den Folgen des Klimawandels für ihre eigene Zukunft um und an.

Meine Damen und Herren, gegen dieses Engagement ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Im Gegenteil – ich finde es richtig, wichtig und lobenswert, wenn sich junge Menschen mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen und mit Lösungsvorschlägen einbringen. Denn die Auseinandersetzung um den richtigen Kurs ist der erste Schritt, um weiterzukommen.

Nur sind aber einige Forderungen der Klimabewegung schlicht nicht umsetzbar beziehungsweise nur mit erheblichen Kollateralschäden in kurzen Fristen erreichbar – hier nur zwei Belege:

- „Fridays for Future“ Sachsen-Anhalt fordert beispielsweise den Kohleausstieg schon bis zum Jahr 2030 und eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035. Welche praktischen Konsequenzen dies langfristig für den Standort Deutschland hätte, haben wir an dieser Stelle bereits mehrfach erörtert.

- Außerdem möchten die jungen Aktivisten den Autoverkehr halbieren sowie Schiene und Wasserstraße flächendeckend stärken. Solche Forderungen sind schnell aufgestellt, doch einfach umzusetzen sind sie nicht.

Schauen wir genauer hin: Würden nur zehn Prozent des Verkehrsaufkommens im Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert, würde dies den Umfang des Schienengüterverkehr glatt verdoppeln. Es ist sehr die Frage, ob und wie schnell und wie zuverlässig die Bahn das leisten könnte.

Kurzum: Hehre Ziele müssen mit der Realität in Einklang gebracht werden!

Nötig ist deshalb eine inhaltliche Auseinandersetzung, was unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Folgen umsetzbar ist. Wir sind gesprächsbereit und möchten daher eine Vertreterin oder einen Vertreter von „Fridays for Future“ zu unserer nächsten Vollversammlung im Dezember einladen. Mit ihr oder ihm wollen wir diskutieren, wie sich die einzelnen Vorschläge auf die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt auswirken. Bei dieser Gelegenheit könnten wir dann auch gleich zeigen, dass die Unternehmen in der Region in Sachen Klimaschutz bereits sehr aktiv sind, zum Beispiel im Netzwerk „Nachhaltigkeit in der Wirtschaft“.

Um unsere Eingangsfrage nach dem Stellenwert der Wirtschaft in der Gesellschaft zu beantworten: Wir haben Gesprächsbedarf und wir stellen uns der Diskussion. Wir haben Argumente und hoffen, dass unsere Gesprächspartner an Argumenten interessiert sind.

Das führt uns zur **Frage Nummer 4**: Bringen uns solche Gespräche weiter? Diese Frage würde ich gerne mit zwei Beispielen beantworten. Das erste ist ganz naheliegend.

### **Bundestagswahl: IHK als kritisch-konstruktiver Dialogpartner!**

Wir hatten ja schon darüber gesprochen, wie viele unserer landespolitischen Handlungsempfehlungen sich in der Agenda der neuen „Deutschland-Koalition“ in Magdeburg wiederfinden. Der Weg zum Erfolg waren Gespräche. Genauso haben wir es mit Blick auf die Bundespolitik wieder gemacht. Das Positionspapier, das wir in unserer letzten Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen haben, bildete dafür die Grundlage.

Wir haben in den letzten Wochen diese Positionen mit den politischen Parteien hier bei uns in der IHK diskutiert. An dieser Stelle danke ich aus unserer Mitte Herrn Koschmieder, Herrn Irmert und Herrn Vizepräsident Schrodke, die sich hier aktiv eingebracht haben. Wir hatten einige Zuschauer vor Ort zu Gast und zudem viele interessierte Zuschauer, die sich den Livestream der Veranstaltungen angeschaut haben.

Diese Diskussionen waren wie immer aufschlussreich. Wir haben unsere Punkte klargemacht. Zugleich ist deutlich geworden, was die verschiedenen Parteien vorhaben. Vor allem aber haben wir dieses Wissen für die interessierte Unternehmerschaft bereitgestellt. Sollten Sie noch nicht die Gelegenheit gehabt haben, sich die Veranstaltungen anzuschauen, können Sie dies gern noch auf der Internetseite der IHK nachholen. Dort finden Sie alle Aufzeichnungen der Veranstaltungen.

Am kommenden Sonntag nun ist Wahltag. Ich hoffe, wir konnten mit unseren Veranstaltungen ein Stück weit gegen die Unentschlossenheit ankämpfen, die vor dieser Wahl ja sehr hoch ist. Und wie auch immer die neue Regierungskonstellation aussieht: Wir haben den Parteien klargemacht: Die Krise kann nur überwunden werden, wenn sich wieder ein dauerhaftes tragfähiges Wachstum einstellt. Voraussetzung dafür ist, dass eine ambitionierte Reformagenda beschlossen und umgesetzt wird.

Mein zweites Beispiel, was engagierte Gespräche bringen können, führt direkt vor unsere Haustür.

### **„Bündnis für zukunftsfähige Innenstädte und Zentren in Sachsen-Anhalt“: IHK-Initiative trägt Früchte!**

Frau Schiffner, stellvertretende Vorsitzende des IHK-Handelsausschusses, schilderte in unserer Sommersitzung die besorgniserregende Entwicklung unserer Innenstädte: sinkende Kundenfrequenzen, wachsende Existenznot von Unternehmen und steigende Leerstände. Die Vollversammlung hat anschließend dem Vorschlag zugestimmt, ein Bündnis für zukunftsfähige Innenstädte und Zentren in Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen.

Auf unsere Initiative hin hat Ende Juli ein erstes gemeinsames Gespräch mit allen potenziellen Partnern für ein solches Bündnis stattgefunden:

Die Landesregierung war durch die beiden Herren Staatssekretäre Wunsch aus dem Wirtschaftsministerium und Dr. Putz aus dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vertreten. Mit dabei waren darüber hinaus führende Vertreter des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA, dem Handelsverband, dem Landestourismusverband und der kommunalen Spitzenverbände und Frau Bauer aus unserer IHK.

Alle Anwesenden haben ihre Bereitschaft bekundet, an einem solchen Bündnis aktiv mitzuwirken. Konkret vereinbart wurde, dass das Wirtschaftsministerium mit Unterstützung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr die Federführung für das vereinbarte Bündnis übernimmt. Das Ministerium wird demnächst zu einem nächsten Treffen einladen, nachdem sich das politische Magdeburg neu sortiert hat.

Dem Votum der Runde entsprechend haben wir auch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Haseloff von unseren Zielen und dem eingeschlagenen Weg dorthin berichtet. Wir haben ihn gebeten, sich dieser wichtigen Initiative anzuschließen und damit das Gedeihen unserer Innenstädte zur „Chefsache“ zu erklären.

Nun hoffen wir auf das nächste Treffen und dass dort erste Maßnahmen vereinbart werden. Vorschläge hierfür gibt es unsererseits zur Genüge – hier nur einige wenige Beispiele. Wir halten etwa ein Sofortprogramm für Innenstädte für sinnvoll: mehr kostenfreie Beratungsangebote und Programme zur Digitalisierung im Einzelhandel, ein flexibleres Planungsrecht, ein Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften sowie Sonderregelungen für erweiterte Sonntagsöffnungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen: Gespräche können einiges bewirken.

**Meine fünfte und letzte Frage** lautet schließlich: Wie müssen wir handeln, wenn Reden alleine nicht hilft?

### **Ausbildungsmarkt erholt sich: Ausbildungsmarketing wurde intensiviert!**

Der regionale Ausbildungsmarkt kommt in diesem Jahr glimpflich durch die Pandemie. Dies belegen die aktuellen Zahlen. Demnach hatten unsere Ausbildungsunternehmen zum Stichtag Ende August genau 3.010 neue Verträge mit Azubis abgeschlossen – das sind gut zwei Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Die Hindernisse waren auch in unserem Land nicht klein. Im Lockdown konnte kaum Berufsorientierung in den Schulen stattfinden. Betriebspraktika oder Kennenlerntermine waren nur schwer möglich. Dennoch haben offenbar viele Jugendliche und Firmen zusammengefunden. Vor allem neue Wege im digitalen Ausbildungsmarketing – wie etwa die Nutzung von Social-Media-Kanälen – dürften dazu beigetragen haben. Ein Teil der Unternehmen hat hier seine Anstrengungen verstärkt.

Auch wir als IHK haben für die Information der Jugendlichen die spezielle Internetseite „[www.überflieger-werden.de](http://www.überflieger-werden.de)“ aufgesetzt und die Ansprache über Instagram intensiviert. Eltern und Großeltern haben wir gezielt über die Printmedien und das Radio angesprochen.

Dennoch können wir noch nicht zufrieden sein. Ende August lag die Zahl der Neuabschlüsse immer noch rund sechs Prozent hinter jener aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 zurück. Die gesamte Corona-Delle ist bei uns vielleicht nicht ganz so tief wie anderswo, aber sie ist trotzdem da. Viele Unternehmen suchen weiterhin qualifizierten Nachwuchs.

Zum demografischen Wandel kam die Corona-Pandemie verschärfend hinzu. Daher wenden wir uns auch verstärkt potenziellen Studienabbrechern zu – wir nennen sie Studienzweifler. Wir wollen den vielleicht sogar schon Verzweifelten eine neue Perspektive anbieten, die Chancen einer Berufsausbildung nahebringen und dieses Potenzial für die Unternehmen erschließen. Hier setzen wir ebenfalls auf soziale Medien, aber auch auf Postkarten, die im Umfeld von Hochschulen ausgelegt werden.

### **Umfrage an Schulen: Keine guten Noten für Ausstattung und technischen Support!**

Weil die Ausbildungsunternehmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich über mangelnde Ausbildungsreife der Azubis klagen, nehmen wir auch die Leistung der Schulen in den Blick. Es geht dabei nicht um Lehrerschelte. Nein, wir wollen strukturelle Schwachstellen finden und aufzeigen.

Beispielsweise in der technischen Ausstattung: Die IHK Halle-Dessau hat kurz vor den Sommerferien insgesamt 141 staatliche und private Schulen zu ihrem Status quo befragt – rund ein Drittel hat geantwortet. Das Ergebnis ist ernüchternd. Die Schulen bewerten die Internetverbindung als gerade noch ausreichend mit einer Durchschnittsnote von 4,2. Knapp ein Drittel der Schulen vergibt die Note fünf und ein gutes Fünftel sogar eine glatte sechs. Damit verfügt etwa die Hälfte der befragten Schulen nur über ein sehr schlecht funktionierendes oder gar kein WLAN-Netz. Nicht einmal jede zehnte Schule bewertet die eigene technische Ausstattung mit einer eins oder einer zwei.

Immerhin: Die digitale Ausstattung an Schulen mit Geräten schreitet langsam voran. Hier wird die Durchschnittsnote 3,4 vergeben. Bei der Wartung der IT-Geräte bekommen allerdings die wenigsten Schulen professionelle Unterstützung. Nur ein Drittel der Schulen erhält direkten Support oder wird durch die Kommune unterstützt. An mehr als jeder zweiten Schule kümmern sich technisch versierte Lehrer in ihrer Freizeit um die Pflege der technischen Geräte.

Ein erfreuliches Ergebnis unserer Umfrage war immerhin, dass sich zwei Drittel der befragten Schulen am Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ mit Aktivitäten wie Nachhilfekursen, Projekttagen und Feriencamps beteiligen.

Weiterhin hatten wir Schulen gefragt, welche Voraussetzungen für eine gute pädagogische Unterstützung vorhanden sein sollten. Drei Viertel der Schulen fordern eine kontinuierliche Fortbildung für alle Lehrer zum digitalen Lehren und Lernen, ebenso eine Integration dieser Konzepte in die Lehramtsausbildung. Über die Hälfte wünscht sich zudem feste Ansprechpartner zur Unterstützung von Lernprozessen mit digitalen Medien.

Fazit: Die Corona-Pandemie hat die ohnehin vorhandenen Probleme deutlicher sichtbar werden lassen. Es fehlen schlichtweg genügend Lehrer und Lehrerinnen, die sich auf ihre Kernaufgabe – der Vermittlung von Allgemeinwissen und Kompetenzen – konzentrieren können. Und diese werden weder ausreichend technisch noch pädagogisch unterstützt.

Dies zu ändern, wird eine der Hauptaufgaben für die neue Landesregierung sein.

Wir werden sie dabei begleiten – kritisch, aber konstruktiv. Etwa so wie in der vergangenen Legislaturperiode. Damals haben wir uns erfolgreich für das Azubi-Ticket stark gemacht. An Anfang stand ebenfalls eine kritische Analyse, gestützt auf Zahlen. Dann folgten langwierige Gespräche, hier und da ein wenig Druck – und natürlich engagierte Mitstreiter.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen an den Antworten auf diese fünf Fragen: Wir als Wirtschaftsvertreter müssen uns heute im politischen Prozess aktiv behaupten, uns der Diskussion kritischer Themen stellen und für die Interessen unserer Unternehmerschaft ringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.